



**Geschäftsführung  
Ausschuss Allgemeine Verwaltung  
und  
Rechtsfragen/Vergabe/Internationales**

Frau Simons

Telefon: (0221) 25087

Fax: (0221) 26565

E-Mail: corinna.simons@stadt-koeln.de

Datum: 01.06.2010

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 26.04.2010, 15:30 Uhr bis 17:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

**Anwesend waren:**

**Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch CDU

Herr Helmut Jung CDU

i.V. für Herrn Dr. Elster

i.V. für Herrn Granitzka

verlässt die Sitzung um  
16:54h

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Polina Frebel SPD

Frau Monika Möller SPD

Herr Michael Neubert SPD

Frau Gisela Manderla CDU

verlässt um 17:35h die  
Sitzung

Herr Werner Marx CDU

Frau Brigitta von Bülow GRÜNE

Herr Dr. Matthias Welpmann GRÜNE

Herr Andreas Wolter GRÜNE

Herr Volker Görzel FDP

Herr Frank Maul PRO KÖLN

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Dr. Heinz-Dieter Klein auf Vorschlag der SPD

Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD	
Herr Oliver Kreams	SPD	
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU	
Frau Katharina Roy	auf Vorschlag der CDU	verlässt die Sitzung um 17:40h
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der GRÜNEN	
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen )	
Herr Dr. Manfred Hoffmann	auf Vorschlag der LINKEN	
Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN	

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Markus Danuser	KLuST e.V.
Frau Filiz Kalaman	LDK
Frau Adelheid Langes	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Vorsitzender**

Herr Winrich Granitzka	CDU
------------------------	-----

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Michael Ahr	auf Vorschlag der FDP
Herr Ralf Klemm	GRÜNE
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU

Der Ausschuss ist mit der Tagesordnung in folgender Fassung einverstanden:

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

O. Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für die Sitzungen des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales

A Verpflichtungen von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern

#### 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Equal Pay Day

1.2 KO-Tropfen

1.3 Girls Day

#### 2 Internationales

2.1 Studie des Landes NRW " Die Gestaltung kommunaler Daseinsvorsorge im Europäischen Binnenmarkt"

2.2 Studie "Städtepartnerschaften in NRW in der Praxis"

2.3 Bund-Länder-Kommunen Arbeitsgruppe Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

2.4 Statistische Erfassung der so genannten ODA-Leistungen durch Kommunen

2.5 Deutschland-Indienjahr 2011/12

#### 3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage von Frau von Bülow vom 15.03.2010  
Mitarbeiterqualifizierung 2009  
1290/2010

3.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Detjen vom 15.03.2010  
Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2008  
1424/2010

3.3 Beantwortung einer Anfrage von Frau Koppmann vom 03.09.2009  
Einrichtung des "Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst"  
1442/2010

- 3.4 Beantwortung einer Anfrage von Frau Möller vom 15.03.2010  
Finanzielle Mittel für Städtepartnerschaften 2008/2009  
1375/2010
- 3.5 Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen vom 15.03.2010  
Auswirkungen von Landesentscheidungen auf die Stadt Köln  
1507/2010
- 4 Mitteilungen der Verwaltung**
- 4.1 Ausbildungsbericht 2009  
0885/2010
- 4.2 Bericht über den Personalbestand der Stadtverwaltung Köln zum 31.12.2009  
0040/2010
- 4.3 Außengastronomie und Veranstaltungen auf der Severinstraße und unmittelbar angrenzenden Seitenstraßen in 2010  
1209/2010
- 4.4 Qualitätsvereinbarung mit der Taxi Ruf Köln eG. (Servicetaxi);  
Untersuchung zur Funktionsfähigkeit des Kölner Taxigewerbes  
0770/2010
- 4.5 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März 2010  
1445/2010
- 4.6 Bürgerservice für Studierende  
0822/2010
- 4.7 Tätigkeitsbericht des Ordnungs- und Verkehrsdienstes für das Jahr 2009  
1521/2010
- 4.8 Abschlussbericht - Verlust von Wahlgeräten durch Großbrand bei der Firma NEDAP (NL)  
0985/2010
- 4.9 Sachstand zur Neuorganisation des SGB II  
1492/2010
- 4.10 Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils über die Sonntagsöffnungen in Berlin vom 01.12.2009 für Nordrhein-Westfalen  
1510/2010
- 4.11 Stellenbemessung Wirtschaftliche Jugendhilfe - sofortige Besetzung der zusätzlichen Stellen  
1421/2010

**5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

**6 Schriftliche Anfragen**

- 6.1 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 20.04.2010  
Situation der Auszubildenden bei der Stadt Köln  
AN/0767/2010

**7 Mündliche Anfragen**

**8 Anträge**

**9 Platzvergaben**

- 9.1 VIII. Gay Games 2010 in Köln  
hier: Antrag der games cologne gGmbH, Mittelstr. 52-54, 50672 Köln auf Durchführung der VIII. Gay Games vom 31.07.2010 bis zum 07.08.2010 (incl. der notwendigen Auf- und Abbauarbeiten vom 27.07.2010 - 09.08.2010) auf dem Neumarkt und Rudolfplatz  
1169/2010

**10 Allgemeine Vorlagen**

- 10.1 Erste Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen - Straßenbaubeitragssatzung - vom 28. Februar 2005  
0536/2010
- 10.2 Hochwasserschutzzonenvorordnung Uferstraße/Auenweg Rodenkirchen  
1405/2009
- 10.3 Hochwasserschutzzonenvorordnung Worringen  
3705/2009
- 10.4 Hochwasserschutzzonenvorordnung Altstadt Süd - Altstadt Nord  
3858/2009
- 10.5 Vergnügungssteuersatzungen  
0817/2010
- 10.6 siehe TOP 0.  
1233/2010

- 10.7 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Vergabe von Lieferungen und Leistungen zwischen dem Landschaftsverband Rheinland, der Stadt Leverkusen und der Stadt Köln für die Dauer von 10 Jahren  
0805/2010
- 10.8 Erfahrungsbericht "Straßenkarneval in Köln - Mehr Spaß ohne Glas"  
1428/2010
- 10.9 Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren in der Kindertageseinrichtung Neufelder Str. 35, 51065 Köln  
0552/2010

## **I. Öffentlicher Teil**

### **O. Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für die Sitzungen des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales**

#### **Beschluss:**

Für die Sitzungen des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen in der verbleibenden Wahlperiode 2009-2014 wird Frau Svenja Becker (10) als stellvertretende Schriftführerin benannt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

### **A Verpflichtungen von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern**

Der Vorsitzende, Herr Wolter, verpflichtet Frau Filiz Kalaman und Herrn Markus Danuser als sachkundige Einwohner für den Ausschuss AVR/ Vergabe/ Internationales.

## **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

### **1.1 Equal Pay Day**

Frau Schwarzer-Görtz berichtet, dass der Equal Pay Day in Köln ein großer Erfolg war. In diesem Jahr wurden in Kooperation mit Business Professional Women zwei Schwerpunkte gesetzt:

1) Am 24.03.2010 gab es einen Workshop im studio dumont unter dem Titel „Statt Frösche küssen: Kröten zählen“. Neun professionelle Beraterinnen und Kommunikationsexpertin Carmen Thomas haben rund 100 Frauen interaktiv auf Gehaltsgespräche vorbereitet.

2) Am 26.03.2010 fand eine Straßenaktion auf der Schildergasse statt bei der Kölnerinnen und Kölner angesprochen und rund 1.000 rote Stoffbeutel mit Broschüren verteilt wurden. Das Informationsbedürfnis war groß und einige Frauen äußerten sich sehr persönlich über ihre Erfahrungen mit ungleicher Entlohnung. Es gab sehr viel positive Resonanz.

### **1.2 KO-Tropfen**

Frau Schwarzer-Görtz stellt das Interesse der Medien an Berichterstattungen über sexualisierte Übergriffe nach dem Einsatz von sogenannten „**K.O.- Tropfen**“ dar.

Momentan besteht auch in Köln ein großer Informationsbedarf bei betroffenen Frauen, Mädchen und ihren Angehörigen sowie bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Fachberatungsstellen

Im Rahmen einer Pressekonferenz am 21.04.2010 hat der Arbeitskreis „K.O.-Tropfen“ den Startschuss für eine Aufklärungskampagne mit Plakaten und Informationsmaterial in Köln gegeben.

### **1.3 Girls Day**

Frau Schwarzer-Görtz informiert über den bundesweit in diesem Jahr zum zehnten Mal stattfindenden Girls Day. Das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern beteiligte sich mit drei Aktionen zum neunten Mal am Girls Day. Dieses Jahr konnten rund 60 Schülerinnen im Alter von 14 bis 17 Jahren frauentypische Arbeitsbereiche der Stadtverwaltung kennenlernen. Zu den Aufgabengebieten gehörten:

- die Informationsverarbeitung
- die Feuerwehr
- die Hochwasserschutzzentrale
- die Vermessungstechnik
- die Bühnenwerkstatt
- die Verkehrstechnik und auch
- die Politik

Frau Schwarzer-Görtz berichtet weiter, dass zur Begrüßung der Mädchen gerne eine Vorbildfrau präsentiert wird, die sehr erfolgreich einen frauentypischen Beruf ausübt. Sie soll die Mädchen ermutigen, beruflich auch mal „andere“ Wege zu gehen. Dieses Jahr konnte Sonja Fuss gewonnen werden, die Architektin, FC-Spielerin und erfolgreiche Fußballspielerin bei der Frauen-Nationalmannschaft ist.

Erstmalig wurde der Girls Day auch in Kooperation mit der Behindertenbeauftragten Marita Reinecke für Schülerinnen mit Handicap angeboten. Insgesamt fünf Schülerinnen hatten an diesem Tag die Gelegenheit, Arbeitsplätze bei der Stadtverwaltung kennen zu lernen, auf denen Menschen mit Behinderung tätig sind.

Als Drittes fand im Studio Dumont eine Veranstaltung zum Girls Day in Kooperation mit ZONTA International statt. Die Veranstaltung diente zur Berufsorientierung für Schülerinnen in der Oberstufe. ZONTA-Mitglieder, alle erfolgreiche Kölnerinnen, stellten ihre Berufe vor wie zum Beispiel:

- Apothekerin
- Dipl. Ing. Architektin
- Dipl. Ing. Medientechnikerin
- Notarin
- Richterin am Oberlandesgericht

Über 50 Schülerinnen haben die Gelegenheit genutzt, sich eingehend über die unterschiedlichen Werdegänge und Berufswege zu informieren.

## **2 Internationales**

### **2.1 Studie des Landes NRW " Die Gestaltung kommunaler Daseinsvorsorge im Europäischen Binnenmarkt"**

Frau Dr. Möhlendick berichtet, dass die Studie gerade veröffentlicht wurde. Am 29.04.2010 wird sie in Brüssel im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung präsentiert und diskutiert. Das europäische Binnenmarkt- und Wettbewerbsrecht ist in den letzten Jahren verstärkt auf die Daseinsvorsorge in Deutschland und in Europa angewendet worden. Insbesondere die Kommunen sind davon in hohem Maße betroffen. Diese



Studie gibt einen Überblick über die rechtlichen Grundlagen der Daseinsvorsorge in Deutschland und der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Europa. Des Weiteren werden die Ergebnisse einer empirischen Erhebung in Nordrhein-Westfalen über die Auswirkungen insbesondere des europäischen Beihilferechts und Teilen des Vergaberechts auf die kommunale Daseinsvorsorge in den Bereichen Abwasser, Abfall und Krankenhäuser dargestellt. Die Stadt Köln hat über das Büro für Internationale Angelegenheiten, das Rechtsamt, die Kämmerei und die Stadtwerke einen kräftigen Input zu der Studie geliefert. Bei der Staatskanzlei sind 50 Exemplare für interessierte Ratsmitglieder nachbestellt. Sie wird gerade nachgedruckt. Auf Wunsch kann die Studie gerne schon jetzt über das Büro für Internationale Angelegenheiten in digitaler Version zur Verfügung gestellt werden.

## **2.2 Studie "Städtepartnerschaften in NRW in der Praxis"**

Frau Dr. Möhlendick erklärt, dass die Auslandsgesellschaft derzeit mit Förderung des Landes NRW eine Studie über Städtepartnerschaften in NRW durchführt. Die wissenschaftliche Leitung liegt bei Prof. Andersen, Uni Bochum, und Prof. Woyke, Uni Münster. Erste Ergebnisse wurden am 3. März 2010 im Rahmen eines Workshops präsentiert, den die Staatskanzlei unter dem Titel "Von Städtepartnerschaften zu kommunalen Netzwerken? - Kommunale Vernetzung als Motor bürgerschaftlichen Engagements in einer europäischen Öffentlichkeit" veranstaltet hat. Jean Möhring und Frau Dr. Möhlendick haben als Vertreter der Städtepartnerschaftsvereine bzw. der Verwaltung an dem Workshop teilgenommen. Es scheint, als wäre die Stadt Köln mit dem im Dezember 2008 vom Rat verabschiedeten Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit Trendsetter. Jedenfalls wird Köln in der Studie eine zentrale Rolle spielen. Sie soll im Laufe des Jahres veröffentlicht werden.

## **2.3 Bund-Länder-Kommunen Arbeitsgruppe Kommunale Entwicklungszusammenarbeit**

Nach der Berichterstattung von Frau Dr. Möhlendick erarbeitet die Arbeitsgruppe derzeit ein Positionspapier, das zum Ziel hat, die besondere Rolle der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit herauszuarbeiten, das Partnerschaftsprinzip in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ebenen zu stärken und vor allem seitens des Bundes und der Länder Mittel für die kommunale EZ zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Köln arbeitet, vertreten durch das Büro für internationale Angelegenheiten, aktiv in der Arbeitsgruppe mit.

## **2.4 Statistische Erfassung der so genannten ODA-Leistungen durch Kommunen**

In dem Zusammenhang mit der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit ergänzt Frau Dr. Möhlendick, sollen erstmals auch systematisch die finanziellen Leistungen für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit, die so genannten ODA-Leistungen, erfasst werden, die von den Kommunen erbracht werden. Bislang gibt es dazu kein belastbares statistisches Material. In einem Pilotprojekt mit der Stadt Köln hat das Land NRW dazu den Anfang gemacht. Die Leistungen anderer Städte sollen nach und nach ebenfalls erfasst werden. Die Ergebnisse werden eine wichtige Vergleichsgrundlage für die entwicklungspolitische Bildungs- und Projektarbeit der Stadt Köln sein, insbesondere für das vom Rat im Dezember 2008 beschlossene Aktionsprogramm zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele. Der Jahresbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms soll zur nächsten AVR-Sitzung vorgelegt werden.

## **2.5 Deutschland-Indienjahr 2011/12**

Frau Dr. Möhlendick berichtet, dass die Bundesregierung in 2011/12 ein Deutschland-Indienjahr plant, das Deutschland mit einer Vielzahl kultureller, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Projekte als attraktiven Partner in Indien präsentieren und neue Impulse für die deutsch-indische Zusammenarbeit geben soll. Die Stadt Köln ist für die deutschen Städte in der Vorbereitungsgruppe vertreten. Das erste Treffen findet am 3. Mai 2010 im Auswärtigen Amt in Berlin statt. Herr Wolf, Leiter des Büros für internationale Angelegenheiten, wird daran teilnehmen.

## **3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

### **3.1 Beantwortung einer Anfrage von Frau von Bülow vom 15.03.2010 Mitarbeiterqualifizierung 2009 1290/2010**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **3.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Detjen vom 15.03.2010 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2008 1424/2010**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen regt an, sich nach der Landtagswahl diesem Thema „Vergabe und der damit verbundenen Möglichkeiten zur Förderung der Integration“ parteiübergreifend anzunehmen.

### **3.3 Beantwortung einer Anfrage von Frau Koppmann vom 03.09.2009 Einrichtung des "Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst" 1442/2010**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 3). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Koppman bedankt sich bei der Verwaltung und befürwortet das gute Ergebnis des 24-Stunden-Dienstes. Sie beklagt jedoch, dass es bei dem Kinderkrankenhaus Porz keine vertragliche Regelung mit dem rechtsmedizinischen Institut gibt und fragt nach, wie der hohe Bedarf in diesem Bereich gedeckt werden kann.

Herr Kahlen sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

### **3.4 Beantwortung einer Anfrage von Frau Möller vom 15.03.2010 Finanzielle Mittel für Städtepartnerschaften 2008/2009 1375/2010**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **3.5 Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen vom 15.03.2010**

#### **Auswirkungen von Landesentscheidungen auf die Stadt Köln 1507/2010**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage ).

Herr Neubert beklagt bei dieser Vorlage im Besonderen die kurze Vorbereitungszeit und stellt aufgrund der angeführten Millionenbeträge in Frage, ob hier das Konnexitätsprinzip eingehalten wird.

Im Zusammenhang mit dem Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) erkundigt sich Frau Manderla, wie hoch die Zuweisungen des Landes seitdem Inkrafttreten dieses Gesetz sind und ob es Vergleichswerte der Landeszuwendungen vor der Gesetzesänderung gibt.

Frau von Bülow schließt sich den Ausführungen von Herrn Neubert an und bittet um Auskunft, inwieweit das Konnexitätsprinzip auf Grundlage der Verwaltungsvorlage verletzt ist. Des Weiteren hinterfragt Frau von Bülow, die Summen der Investitionsangaben OGTS aus der beigefügten Tabelle.

Herr Detjen erwähnt die unterschiedlichen Gesamtbeträge aus der heutigen Vorlage (160 Mio. €) und der Angaben aus der Mitteilung für den Finanzausschuss (100 Mio. €). Er bittet diese Vorlagen im engen Kontext zu sehen und die Differenzen zu erläutern. Gleichzeitig weist Herr Detjen auf einen aktuellen Bericht „Landes- und Kommunalfinanzen“ vom Deutschen Städtetags hin.

Herr Kahlen korrigiert zunächst die Summenangabe aus der beigefügten Tabelle auf 92 Mio. € für OGTS - Investitionen. Zum Konnexitätsprinzip erörtert der Stadtdirektor das Gerichtsurteil vom 23.03.2010 zur Kommunalverfassungsbeschwerde und stellt die Anforderungen an die Ausformung des Konnexitätsprinzip im Rahmen der erforderlichen Nachbesserungen der Gesetze dar. Bei den Investitionen der weiterführenden Ganztagschulen führt Herr Kahlen aus, dass keine Verletzung des Konnexitätsprinzips vorliegt, da diese nicht dem gebunden Ganztagschule zuzurechnen sind. Das Land habe sich entschlossen für Köln nur zwei weiterführende Schulen zu fördern. Herr Kahlen beruft sich auf den Ratsbeschluss, nach dem zwei Ganztagschulen für Köln nicht ausreichen und weist in diesem Zusammenhang auf die städtische Gelder hin, die gegenwärtig in diesen freiwilligen Bereich fließen.

Auf Nachfrage von Herr Dr. Welpmann sagt Herr Kahlen zu, die fehlende Mitteilung zum genannten Gerichtsurteil in der nächsten Sitzung überarbeitet nachzureichen.

Eine weitere Frage von Herrn Görzel zur Nutzung der freiwerdenden Kapazitäten durch den Wegfall von Aufgaben, wie zum Beispiel den Widerspruchverfahren, beantwortet Herr Kahlen mit dem Hinweis auf die Nachteile des Widerspruchwegfalls und der damit verbundenen Erhöhung der Klageverfahren. Die genauen Zahlen werden zur nächsten Sitzung nachgereicht. Im Zusammenhang mit der Zweitwohnungssteuer führt Herr Dahmen aus, dass die Zahl der Klagen in diesem Bereich von 480 im Jahr 2008 auf 1745 im Jahr 2009 gestiegen ist.

Aufgrund unterschiedlicher Kenntnisstände bittet Frau Manderla die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung zu prüfen, wie viele Ganztagschulen das Land NRW konkret in Köln fördern möchte.

Herr Marx schließt sich den Ausführungen von Herrn Görzel an und bittet in der nächsten Beratungsrunde eine Auflistung der Landeszuweisungen an die Kommunen aus den vergangenen fünf Jahren mit zu berücksichtigen.

Auf die Rückfrage von Herrn Görzel zur vergleichbaren Anzahl der früheren Abhilfebescheide und der heutigen Klageverfahren führt Herr Kahlen aus, dass zur Sachverhaltsüberprüfung bei den Steuernbescheiden ein unbürokratischer Abgleich der Daten per Telefon für den Bürger möglich ist und nicht direkt geklagt werden muss.

Auf die Anfrage von Frau Manderla zur Landesförderung der Ganztagschulen bekräftigt Herr Kahlen, dass die gewünschten Zahlen zur nächsten Sitzung nachgereicht werden. Die Fördersumme des Landes reicht nach den Ausführungen von Herrn Kahlen nicht aus, um die Investitionskosten für Bildung zu decken.

Zur Anmerkung von Herrn Marx erläutert Herr Kahlen, dass bei den genannten Summen die erhöhten Landeszuweisungen bereits berücksichtigt sind und somit nur die zusätzlichen Belastungen der kommunalen Verwaltung ausgewiesen wurden.

Auf weitere Ergänzung von Herrn Marx zur derzeitigen 50%igen Landesförderung im Erzieherinnenbereich merkt Herr Kahlen an, dass insbesondere beim KiBiz die Tarifierhöhungen bei den Erzieherinnen von den Landeszuweisungen nicht gewürdigt wurden.

Die Vorlage wird in der nächsten Sitzung erneut aufgerufen.

## **4 Mitteilungen der Verwaltung**

### **4.1 Ausbildungsbericht 2009 0885/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage ). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen weist insbesondere auf die deutliche Steigerung der Migrantenzahl bei den Einstellungen und Bewerbungen um Ausbildungsplätze hin und wirbt um eine Fortsetzung dieser Tendenzen. Weiterhin lobt Herr Detjen die Erfolge des Qualifizierungskurses für Migranten und regt die Erhöhung der Ausbildungszahlen für Menschen mit Behinderungen an.

Auf Nachfrage von Herrn Detjen zu den Ausbildungszahlen unterteilt nach Frauen und Männern erläutert Herr Hoven, dass derzeit eine Quote von 55% weiblicher und 45% männlicher Bewerber zu verzeichnen ist. Bei den Einstellungen liegen die Werte bei 61% Frauen und 39% Männern. Der Migrantenanteil beträgt derzeit 22,1% und wird stetig gesteigert. Herr Hoven führt aus, dass diese Angaben auf der Grundlage der momentanen 131 Einstellungszusagen ermittelt wurden. Diese Anzahl wird bis zum Ende der Bewerbungen auf über 200 steigen, um die geforderte Ausbildungsquote von 6% zu erreichen.

Abschließend ergänzt Herr Kahlen die Einhaltung der vorgeschriebenen Schwerbehindertenquote von 6% bei der Verwaltung und unterstreicht, dass Köln keine Ausgleichszahlungen leisten muss.

### **4.2 Bericht über den Personalbestand der Stadtverwaltung Köln zum 31.12.2009 0040/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage ). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Frau Möller, bei welchen Eigenbetrieben personelle Zusetzungen bzw. Absetzungen erfolgt sind, teilt Herr Hoven, dass die 60 Zusetzungen zu 2/3 auf Einstellungen bei der Gebäudewirtschaft (26) basieren. Die übrige personelle Steigerung in diesem Bereich hat reine buchhalterische Ursachen. Durch die Gründung des Wallraf-Richartz-Museum als eigenbetriebsähnliche Einrichtung wurden ca. 20 Mitarbeiter der Kernverwaltung zu den Eigenbetrieben überführt.

#### **4.3 Außengastronomie und Veranstaltungen auf der Severinstraße und unmittelbar angrenzenden Seitenstraßen in 2010 1209/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage ). Der Ausschuss nimmt zustimmend Kenntnis.

Frau Manderla und Herr Detjen loben die schnelle und unbürokratische Hilfe der Verwaltung. Frau Möller schließt sich diesen Ausführungen an und erkundigt sich, ob mit dem Beschluss Präzedenzfälle geschaffen werden könnten.

Herr Kahlen widerspricht diesen Befürchtungen und führt hierzu aus, dass die Severinstraße in einmaliger Weise in ihrer Funktion eingeschränkt und daher keine Vergleichbarkeit gegeben ist.

#### **4.4 Qualitätsvereinbarung mit der Taxi Ruf Köln eG. (Servicetaxi); Untersuchung zur Funktionsfähigkeit des Kölner Taxigewerbes 0770/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage ). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Neubert fragt nach Gründen der hohen Geschäftsaufgaben im Taxigewerbe trotz der guten Taxidichte und welche formellen Erfordernisse von den Taxiunternehmen gescheucht werden, um die Qualitätsstandards zu erfüllen. Herr Wolter hinterfragt die Zielsetzung und den Auftraggeber des Gutachtens und kritisiert den geringen Anteil an Servicetaxen. Er bittet um Mitteilung der Ergebnisse aus den 3500 Kontrollen und befürwortet die Beibehaltung der 1217 Fahrerlaubnisse für Taxifahrer in Köln. Die Zahl der Genehmigungen sind nach Einschätzung von Herr Detjen ebenfalls nicht zu erhöhen und die Ursachen der hohen Geschäftsaufgaben zu prüfen. Herr Görzel stellt die Nichterreichung der Qualitätsstandards und die wirtschaftliche Situation der Taxiunternehmen in Frage und möchte möglichen Lösungs- und Gewinnsteigerungsmöglichkeiten aufgezeigt bekommen.

Herr Klip führt zur Zielsetzung des regelmäßigen Gutachtens aus, es werde hierdurch die Angebot- und Nachfragesituation des Marktes überprüft und anhand dieser Erkenntnisse die Anzahl der Konzessionen bestimmt. Gemäß des Gutachtens ist derzeit die Menge der Fahrerlaubnisse in Köln zu 100% richtig und wird dessen ungeachtet weiter konsequent überwacht. Auf die Nachfrage nach Ursachen der geringen Qualitätsstandards erläutert Herr Klip, die Kölner Taxiunternehmer haben kaum Interesse an der Auszeichnung „Qualitätstaxi“ und wären sicher, auch ohne dieses Siegel die Anforderungen zu erfüllen. Hier müsse noch Überzeugungsarbeit geleistet werden. Abschließend ergänzt Herr Klip, die Kontrollen beschränken sich hauptsächlich auf die Überprüfung der Personenbeförderungsscheine und Konzessionen. Eine rechtlich Verpflichtung zur Erfüllung der Reinigungsanforderungen kann nicht unterstellt werden.

#### **4.5 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März 2010 1445/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage ). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **4.6 Bürgerservice für Studierende 0822/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage ). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Bitten von Herrn Wolter sagt Herr Kahlen die Vorlage eines entsprechenden Erfahrungsberichtes 2011 zu.

#### **4.7 Tätigkeitsbericht des Ordnungs- und Verkehrsdienstes für das Jahr 2009 1521/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage ). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Anregung von Herrn Krems sagt Herr Meier zu, den Tätigkeitsbericht an die Bezirksvertretungen zu geben und erläutert, eine weitere Aufgliederung der Ordnungspartnerschaften auf die Bezirke würde die personellen Kapazitäten für den Tätigkeitsbericht überschreiten.

Auf Rückfrage von Frau von Bülow zum Sachstand des Pilotprojektes „Gender Mainstreaming“ beim Ordnungsdienst gibt Herr Meier an, dass derzeit Kontakt zum Amt für Gleichstellung von Männern und Frauen aufgenommen wird, um das Pilotprojekt zu variieren. Anschließend würde über die Ergebnisse berichtet.

Auf Bitten von Herrn Wolter versprach Herr Meier in einigen Bereichen eine Intensivierung der gemeinsamen Rundfahrten von der Feuerwehr und dem Ordnungs- und Verkehrsdienst, um Gefährdungen durch zu geparkte Rettungswege zu minimieren.

Herr Detjen bat zum Thema Straßenprostitution um Auskunft über die Entwicklung des Projektes „Verrichtungsboxen in Longerich“. Herr Meier fasst die positiven Erfahrungen dieses Projekt an der Geestemünder Str. zusammen und bestätigt das erhöhte Sicherheitsgefühl der Frauen.

#### **4.8 Abschlussbericht - Verlust von Wahlgeräten durch Großbrand bei der Firma NEDAP (NL) 0985/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage ). Aufgrund der kurzfristigen Vorlage konnte keine Beratung innerhalb der Fraktionen erfolgen.

Herr Neubert bittet bis zur nächsten Sitzung um Auskunft über den aktuellen Sachstand zur Novellierung der Bundeswahlgeräte.

Auf die Nachfrage von Herr Detjen, ob weiteres Ausleihen der Geräte ins Ausland geplant sei, versicherte Herr Kahlen, dass derzeit keine Nachfrage bestehe. Der Stadtdirektor zieht einen Vergleich zwischen der gleichgelagerten Diskussion in Deutschland und den Niederlanden. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse hat der niederländische

Hersteller bereits optimierte Geräte mit eingebautem Drucker entwickelt, welche die Transparenz des tatsächlichen Wahlergebnisses gewährleisten sollen. Die Debatte, ob ein solches Modul ausreichend im Sinne des Bundesverfassungsgerichtes ist und ob die Anforderungen an das Geheimnis der Wahl erfüllt werden, ist derzeit offen. Herr Kahlen äußerte seine große Hoffnung, dass die Wahlgeräte nicht vergeblich auf den neuesten Stand gebracht wurden.

Die Vorlage wird in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung genommen.

#### **4.9 Sachstand zur Neuorganisation des SGB II 1492/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 14 ). Die Vorlage wird aufgrund der Kurzfristigkeit vertagt.

#### **4.10 Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils über die Sonntagsöffnungen in Berlin vom 01.12.2009 für Nordrhein-Westfalen 1510/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 15). Der TOP wurde zurückgezogen und wird in der nächsten Sitzung behandelt.

#### **4.11 Stellenbemessung Wirtschaftliche Jugendhilfe - sofortige Besetzung der zusätzlichen Stellen 1421/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 16). Der Ausschuss vertagt die Beratung der Vorlage.

### **5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

### **6 Schriftliche Anfragen**

#### **6.1 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 20.04.2010 Situation der Auszubildenden bei der Stadt Köln AN/0767/2010**

Der TOP wird aufgrund der kurzfristigen Vorlage in die nächste Sitzung vertagt.

Herr Kahlen stellt die Situation kurz dar und lenkt die Aufmerksamkeit auf einen Brief an die Ratsmitglieder, in dem auf das Flugblatt der verdi-Jugend zum Thema Übernahme von Auszubildenden eingegangen wird. Der Stadtdirektor versichert, dass die Verwaltung die Fürsorgepflicht für die Mitarbeiter auch nach der Ausbildung sehr ernst nimmt und erfolgreich bemüht ist, möglichst alle Mitarbeiter zu übernehmen oder zu vermitteln. Hinsichtlich der Übernahmbedingungen der Auszubildenden im Verwaltungsbereich berichtet der Stadtdirektor über die Verhandlungen zwischen dem Gesamtpersonalrat und dem Personalamt. In 2009 wurde alle Auszubildenden übernommen, die 9 Punkte und besser in der Abschlussprüfung erreichten. Den übrigen Auszubildenden wurde ein zweijähriger Angestelltenvertrag zur Bewährung angeboten. Eine analoge Regelung für 2010 wird derzeit diskutiert.

Auf Rückfrage von Herrn Detjen über die Weiterbeschäftigungssituation in gewerblich-technischen Bereichen unterrichtet Herr Kahlen den Ausschuss, dass beispielsweise im Jahr 2008 Gärtner mit der Abschlussnote 4 in Betreiben übernommen wurde, da die städtische Ausbildung eine hohe Qualität ausweist. Die Vermittlung von unmittelbaren Ausschlussbeschäftigungen wird auch in diesem Jahr wieder angestrebt. Herr Kahlen gibt der Befürchtung Ausdruck, dass die Finanzsituation jedoch keine Zusagen zur Weiterbeschäftigung über die Tarifverträge hinaus zulassen wird.

Herr Knappertsbusch bittet vor dem Hintergrund der knappen Finanzen um Auskunft über die zukünftige Planung bei der Ausbildung über den eigentlichen Bedarf hinaus. Der Stadtdirektor bestätigt, dass weiter über den Bedarf ausgebildet wird und 85% der Absolventen in eignen Betrieben übernommen oder vermittelt werden konnten.

## **7 Mündliche Anfragen**

Frau Manderla trägt die Bitte vor, für Schulen eine schnellere Beschaffungsmöglichkeit von Computern zu prüfen. Herr Kahlen signalisiert, dass durch einen neuen Rahmenvertrag zwischenzeitlich Abhilfe gegen die Lieferung von veralteten PC-Geräten geschaffen wurde und sagt dem Ausschuss einen entsprechenden Bericht in der nächsten Sitzung zu.

Auf Anregung von Frau Manderla verspricht Herr Kilp den Vorgang zu prüfen, aus welchem Grund beim verkaufsoffenen Sonntag in Brück am 25.04.2010 der Ordnungsdienst ein Verwargeld für einen roten Teppich auf dem Gehweg von dem Geschäftsbesitzer verlangte.

Auf Nachfrage von Herrn Marx zum Sachstand bei der Einrichtung des Referates für Lesben, Schwule und Transgender führt Herr Kahlen aus, dass die entsprechenden Stellen bereits freigegeben sind. Der Beschluss ist jedoch haushaltsneutral umzusetzen und derzeit werden die Kompensationsmöglichkeiten geprüft.

Des Weiteren bringt Herr Marx sein Erstaunen über die Ernennung von Herrn Hans-Gerd Ervens zum Ehrenbezirksbürgermeister in Porz zum Ausdruck und bittet seitens der Verwaltung entsprechende Maßnahmen einzuleiten, um Ehrentitel nur unter bestimmten Voraussetzungen verleihen zu können.

Frau von Bülow erkundigt sich, ob die Veranstaltung „Jobsharing im Kita-Bereich“ am 17.05.2010 stattfindet. Herr Kahlen bestätigt den Termin und Herr Hoven sagt eine Veröffentlichung nach den Abstimmungsgesprächen zu.

Herr Wolter weist auf die stark beschädigten Granitplatten auf dem Roncalliplatz hin und fragt nach möglichen Ursachen und Kostenerstattungen durch Großevents und deren Veranstalter. Er schlägt vor, den Platz gegen das Befahren durch LKW zu sichern. Herr Kahlen widerspricht der Vermutung, dass Großveranstaltungen zu Schäden auf der Platzfläche geführt haben und nennt die erheblichen Bautätigkeiten des Zugangsbauwerks Kasper-Kraemer und dem Petrusbrunnen als mögliche Gründe. Den Schadensfällen wird nochmals nachgegangen.

Auf Rückfrage von Herrn Görzel, wie der Ratsbeschluss vom 08.03.2008 eingehalten werden soll, wenn eine Mietlösung und kein Neubau des Rodenkirchener Bezirksratshauses angestrebt wird, führt Herr Kahlen die derzeitigen Anstrengungen einer vergleichenden Darstellung für die Kämmerei an. Es sei noch keine Entscheidung gefallen, sondern derzeit stehe die Prüfung der Wirtschaftlichkeit im Vordergrund. Das Resultat wird als Grundlage für die verwaltungsinternen Abwägungsprozesse herangezogen. Der Rat und die Bezirksvertretung werden über das Ergebnis informiert.



Herr Detjen trägt noch mal das Ergebnis des Ratsantrags zur „Abschaffung der Zweitwohnungssteuer“ vor und appelliert, die volkswirtschaftlichen Kosten und die Personalkosten für die entsprechenden Gerichtsverfahren ins Verhältnis zu den Einnahmen zu setzen. Der Stadtdirektor bittet die Fraktionen entsprechende Anträge zu formulieren und weist im Gegenzug auf die Einnahmequelle für die Verwaltung hin.

## **8 Anträge**

## **9 Platzvergaben**

### **9.1 VIII. Gay Games 2010 in Köln**

**hier: Antrag der games cologne gGmbH, Mittelstr. 52-54, 50672 Köln auf Durchführung der VIII. Gay Games vom 31.07.2010 bis zum 07.08.2010 (incl. der notwendigen Auf- und Abbauarbeiten vom 27.07.2010 - 09.08.2010) auf dem Neumarkt und Rudolfplatz 1169/2010**

Frau Möller bittet um Information, welche Partnerstädte sich an den Gay Games beteiligen werden und welche Bedeutung die Bezeichnung Partnerstadt für Cleveland hat. Herr Wolter erläutert, dass Cleveland der Ausrichter der Gay Games 2014 ist. Eine Auskunft zu den Partnerstädten sagt Herr Kahlen in der nächsten Runde zu.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, der games cologne gGmbH, Mittelstr. 52-54, 50672 Köln im Rahmen der VIII. Gay Games 2010 in Köln den Neumarkt und den Rudolfplatz vom 31.07.2010 bis zum 07.08.2010 (incl. der notwendigen Auf- und Abbauarbeiten vom 27.07.2010 - 09.08.2010) zur Verfügung zu stellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Pro Köln

## **10 Allgemeine Vorlagen**

### **10.1 Erste Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen - Straßenbaubeitragssatzung - vom 28. Februar 2005 0536/2010**

#### **Beschluss:**

Der Rat beschließt den Erlass der ersten Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen – Straßenbaubeitragssatzung – vom 28. Februar 2005 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## **10.2 Hochwasserschutzzonenverordnung Uferstraße/Auenweg Rodenkirchen 1405/2009**

Herr Neubert schlägt vor, vorbehaltlich des Beschlusses der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu beschließen.

Auf Rückfrage von Herrn Görzel, ob private Pflegekräfte analog zu den in der Verordnung genannten Personenkreisen eine Ausnahmegenehmigung erhalten können, bestätigt Herr Kilp eine entsprechende Regelung gem. § 6 a der Hochwasserschutzzonenverordnung Uferstraße/Auenweg.

### **Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln beschließt den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der mobilen Hochwasserschutzanlagen auf dem Gebiet der Stadt Köln, Ortslage Uferstraße/Auenweg Rodenkirchen in der Fassung der paraphierten Anlage.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## **10.3 Hochwasserschutzzonenverordnung Worringen 3705/2009**

Herr Kahlen führt ergänzend an, dass die Bezirksvertretung Chorweiler die Hochwasserschutzverordnung Worringen einstimmig beschlossen hat.

### **Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln beschließt den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der mobilen Hochwasserschutzanlagen auf dem Gebiet der Stadt Köln, Ortslage Worringen in der Fassung der paraphierten Anlage.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## **10.4 Hochwasserschutzzonenverordnung Altstadt Süd - Altstadt Nord 3858/2009**

Herr Kahlen ergänzt den einstimmig gefassten Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt.

### **Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln beschließt den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der mobilen Hochwasserschutzanlagen auf dem Gebiet der Stadt Köln, Ortslage Altstadt Süd – Altstadt Nord in der Fassung der paraphierten Anlage.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

### **10.5 Vergnügungssteuersatzungen 0817/2010**

#### **Beschluss einschl. Deckungsvorschlag, Alternative:**

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat beschließt:

- a) Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten im Gebiet der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1)
- b) Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Spielgeräten ohne Gewinnmöglichkeit im Gebiet der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 2)

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion

### **10.6 siehe TOP 0. 1233/2010**

### **10.7 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Vergabe von Lieferungen und Leistungen zwischen dem Landschaftsverband Rheinland, der Stadt Leverkusen und der Stadt Köln für die Dauer von 10 Jahren 0805/2010**

Frau Möller fasst zusammen, dass laut Seite 3 des Antrags zusätzliche Kapazitäten zur Umsetzung der Vereinbarung erforderlich sind und bittet um vergleichende Darstellung der Einsparmöglichkeiten und der benötigten Ressourcen.

Frau von Bülow bittet um Mitteilung, inwieweit der Ratsbeschluss zur fairen Vergabe bei der Vereinbarung berücksichtigt wird.

Auf die Nachfrage von Frau Möller, warum die Stadt Velbert aus den Verhandlungen ausgestiegen ist, erläutert Herr Schmidt, dass deren Verwaltung den Vertrag mit der

Bezirksregierung Düsseldorf nicht rechtzeitig abschließen konnte. Da das Pilotprojekt nicht weiter fortgesetzt werden darf, ist zur Vermeidung der zeitlichen Verzögerungen die Vereinbarung ohne Beteiligung der Stadt Velbert abzuschließen. Deren späterer Einstieg wird weiterhin angestrebt.

Herr Schmidt legt die Vorteile der Einsparmöglichkeiten durch die einmalige Ausschreibung dar und versichert, dass der Ratsbeschluss zur faireren Vergabe weiterhin beachtet wird. Ein entsprechender Erfahrungsbericht wird verfasst.

### **Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Landschaftsverband Rheinland und der Stadt Leverkusen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu.

Weitere, an einer Zusammenarbeit interessierte Verwaltungen erhalten die Möglichkeit, sich der Ausschreibungsgemeinschaft per Beitrittserklärung anzuschließen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## **10.8 Erfahrungsbericht "Straßenkarneval in Köln - Mehr Spaß ohne Glas" 1428/2010**

Herr Neubert schlägt vor, diese zeitlich unkritische Vorlage zunächst in der Bezirksvertretung Innenstadt zu besprechen und die Beschlussfassung um eine Sitzungsfolge zu schieben.

Hinsichtlich der Planung auf den Ringen und sonntags auf der Zülpicher Str. und in der Altstadt keine Einschränkungen vorzunehmen, gibt Herr Wolter zu Bedenken, dass der starke Schneefall Karnevalssonntag kein repräsentatives Bild für die kommenden Jahren widerspiegelt. Daher empfiehlt er auch sonntags die Verordnung auf der Zülpicher Str. und in der Altstadt aufrecht zu erhalten.

Herr Görzel unterstützt die Ausführungen von Herrn Neubert.

Herr Neubert bittet aus fachlicher Sicht noch um Auskunft, aus welchem Grund der Beginn der Sperrzeiten auf der Zülpicher Str. als zu spät angesehen wird, die Zeiten aber trotzdem beibehalten werden sollen.

Herr Meyer führt aus, dass an den Karnevalstagen die Witterungslage dieses Jahr eine besondere war und das Wetter wahrscheinlich Karnevalisten davon abgehalten hat, auf der Straße zu feiern. Die Tendenz des weitläufigen Publikums auf den Ringen, die hauptsächlich in Diskotheken und nicht auf der Straße feiern wollen, konnte trotz des Schneefalls ausgemacht werden. Zudem zeichnet sich der Karnevalssonntag als unkritischer Familientag ab, so dass keine Einschränkungen erforderlich scheinen. Zur Zülpicher Str. bemerkt Herr Meyer, dass dort zwei Arten von Feiernden anzutreffen sind. Die Ersten kommen sehr früh und feiern in den Kneipen und die zweite Gruppe kommt später und feiert hauptsächlich auf der Straße. Aufgrund dieser Erkenntnisse ist es sinnvoll, an den Verbotszeiten festzuhalten, um dem Gericht feste Beginn- und Endzeiten angeben zu können. Seitens des Ordnungsdienstes ist jedoch

geplant, schon vor 18:00h im Zülpicher Viertel zu sein und im Rahmen des Appells auf die Karnevalisten einzuwirken und somit später ein gefahrloses Feiern auf den Straßen zu ermöglichen.

**Beschluss:**

Der AVR schiebt die Vorlage um eine Sitzungsfolge.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**10.9 Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren in der Kindertageseinrichtung Neufelder Str. 35, 51065 Köln 0552/2010**

Auf Nachfrage von Neubert zur Kurzfristigkeit dieser Vorlage, bittet Herr Kahlen, keine Vertagung vorzunehmen und ohne Votum in die nachfolgenden Ausschüsse zu verweisen. Der Stadtdirektor gibt der Befürchtung Ausdruck, dass bei fehlender Zustimmung, die Fristen und öffentlichen Förderung durch das Konjunkturprogramm gefährdet werden, da im Jahr 2010 mit dem Bau begonnen werden muss.

Herr Dr. Welpmann kritisiert die kurzfristige Vorlage und macht deutlich, dass der Argumentation nur unter der Voraussetzung gefolgt werden kann, dass eine akute Gefährdung der Zuschüsse vorliegt. Herr Kahlen hebt noch mal die Wichtigkeit der Zustimmung für die Gewährung der Fördermittel und den Zeitplan der nachfolgenden Projekte hervor. In diesem Zusammenhang weist er auf die Hürde des Stadtratbeschlusses hin, im Jahr 2013 für 2 von 5 Kindern unter 3 Jahren einen Platz garantieren zu müssen. Herr Kahlen appelliert an die Mitwirkung der Politik zur Erreichung dieses Ziels.

Aufgrund dieser Diskussion beantragt Herr Neubert, die Vorlage ohne Votum zu verabschieden, da der Jugendausschuss inhaltlich beschließt und die Fraktion bis zur Entscheidung im Finanzausschuss eine Woche Zeit hat, sich eine Meinung zu bilden.

Herr Wolter schließt sich der Kritik von Herrn Neubert an und bittet um Abstimmung.

**Beschluss:**

Der AVR verweist ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

Wolter  
stellvertretender Vorsitzender

Becker  
stellvertretende Schriftführerin